Wohnungsverkäufe an Patrizia kurzsichtig und falsch: Preiswerte Wohnungsbestände sichern, nicht verkaufen

Wohnungsverkäufe an Patrizia kurzsichtig und falsch: Preiswerte Wohnungsbestände sichern, nicht verkaufen

(dmb) Als "kurzsichtig und falsch" bezeichnete der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes (DMB), Lukas Siebenkotten, die Entscheidung des Freistaates Bayern bzw. der Bayerischen Landesbank, 32.000 Wohnungen an den Augsburger Immobilienkonzern Patrizia zu verkaufen. "Angesichts der aktuellen Wohnungsnöte und rasant steigenden Mieten in Großstädten und Ballungsgebieten brauchen wir deutlich mehr bezahlbare und sozialgebundene Wohnungen und nicht weniger. Wenn jetzt zigtausend Wohnungen der öffentlichen Hand an private Investoren verkauft werden, ist das wohnungspolitisch ein schwerer Fehler und ein fatales Signal für die betroffenen Mieterinnen und Mieter."
Nach den Erfahrungen des Deutschen Mieterbundes werden nach dem Verkauf der öffentlichen Wohnungsbestände die Mieten steigen. Insbesondere bei den so genannten Wiedervermietungsmieten, also nach einem Mieterwechsel, drohen Mietpreissteigerungen im zweistelligen Prozentbereich.
"So war das bei Wohnungen, die die Patrizia vor einem Jahr in Baden-Württemberg gekauft hat, und so ist es bei ehemals bundeseigenen Wohnungen, die vor wenigen Wochen die TAG gekauft hat", sagte Siebenkotten. "Die Käufer wollen und werden ihr Geschäft mit den Wohnungen machen. Eine Sozialcharta, die beispielsweise zeitlich befristet Mieterhöhungen begrenzt, Eigenbedarfskündigungen ausschließt oder Luxussanierungen verbietet, hilft wenig. Sie ist nichts anderes als eine "Beruhigungspille" für die betroffenen Mieter."
Aus Sicht des Deutschen Mieterbundes hätte der Freistaat Bayern entweder die Wohnungen seiner Landesbank selbst übernehmen oder an das kommunale Konsortium verkaufen müssen. Mit dem Verkauf an die Firma Patrizia verliert die öffentliche Hand den Zugriff auf preiswerte und bezahlbare Wohnungen und der Einfluss auf die örtlichen Wohnungsmärkte sinkt.
Siebenkotten: "Eine Beteiligung des Freistaates über die Landesstiftung mit 50 Millionen Euro an diesem Erwerb der Patrizia ändert nichts, sie dient offensichtlich nur der Gewissensberuhigung der Landesregierung."

Deutscher Mieterbund e.V.
Littenstraße 10
10179 Berlin
Telefon: 030 / 2 23 23 - 0
Telefax: 030 / 2 23 23 - 100
Mail: info@mieterbund.de
URL: http://www.mieterbund.de/

<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=528756" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

mieterbund.de/
info@mieterbund.de

Firmenkontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

mieterbund.de/
info@mieterbund.de

Aufgaben und ZieleDer Schwerpunkt der Tätigkeit der örtlichen Mietervereine ist die unmittelbare Interessenvertretung der Mieter. Dazu gehören zum Beispiel die Rechtsberatung und Hilfe bei Mietstreitigkeiten. Beraten und geholfen werden darf aber nur Mitgliedern der Mietervereine, so schreibt es das Gesetz vor.Viele Mietervereine bieten darüber hinaus auch Prozesskostenschutz durch eine Rechtsschutz-Versicherung.Zweiter Aufgabenschwerpunkt der Mietervereine ist die Mitwirkung an der kommunalen Wohnungspolitik und bei städtebaulichen Maßnahmen. Mietervereine verstehen sich hier als Sprachrohr aller Mieter. Sie nehmen als Sachverständige kritisch Stellung, geben Anregungen und weisen auf Probleme hin. Als Kenner des örtlichen Wohnungsmarktes erfüllen sie die ihnen gesetzlich zugewiesene Aufgabe, an der Aufstellung so genannter Mietspiegel mitzuwirken, die große Bedeutung im Mieterhöhungsverfahren für frei finanzierte Wohnungen haben und die Transparenz über die aktuellen Mietpreise schaffen.Der Mitgliedsbeitrag bei den örtlichen Mietervereinen beträgt zur Zeit zwischen 40 und 90 Euro jährlich. Die Höhe hängt vom Leistungsangebot und dem Grad der Professionalisierung des Mietervereins ab.Im Mittelpunkt der Arbeit der Landesverbände und des Deutschen Mieterbundes steht die politische Interessenvertretung der Mieter. Der Deutsche Mieterbund ist fachlich anerkannter Gesprächspartner für Gesetzgeber und Verwaltung, der zu allen wesentlichen Gesetzgebungsmaßnahmen im Bereich Bauen und Wohnen gehört wird. Im Mittelpunkt der politischen Arbeit steht die Erhaltung und der Ausbau des sozialen Mietrechts (Mieterschutz). Kernstücke dieses sozialen Mietrechts sind der Schutz des Mieters vor willkürlicher Kündigung und der Schutz vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen.Der Deutsche Mieterbund tritt ein für bezahlbare Mieten, ein leistungsstarkes Wohngeld und ein ausreichendes Wohnungsangebot, insbesondere auch für die Beibehaltung und stetige Förderung des sozialen Wohnungsbaus.Daneben sind Fragen des Städtebaus und der Stadtentwicklung, Maklerrecht, Nebenkosten, Heizkostenverordnung und Umweltfragen Bereiche, zu denen der Deutsche Mieterbund Vorschläge erarbeitet und kritisch Stellung nimmt.Ein wichtiges Tätigkeitsfeld ist die Aufklärung der Öffentlichkeit über miet- und wohnungsrechtliche Fragen. Bei mehr als 20 Millionen Wohnraum-Mietverhältnissen ist das Mietrecht von größter praktischer Bedeutung. Andererseits haben gesetzliche Regelungen und die Rechtsprechung zu Einzelfragen einen Umfang angenommen, der für den Laien, Mieter oder Vermieter, nur schwer zu überschauen ist. Der Deutsche Mieterbund deckt das Informationsbedürfnis ab durch regelmäßige Veröffentlichungen über die Massenmedien, eine Vielzahl von ständig aktualisierten Aufklärungsbroschüren sowie die zweimonatlich erscheinende MieterZeitung und die mietrechtliche Fachzeitschrift "Wohnungswirtschaft und Mietrecht".